

## **Entschließungsantrag § 55 GOG-NR**

der Abgeordneten Maximilian Köllner, MA, Nurten Yilmaz,  
Genossinnen und Genossen

### **betreffend Menschenrechtsverletzungen in Katar**

eingbracht am 21. April 2021 in der 97. Sitzungen des Nationalrats im Zuge der Debatte über den Bericht des Ausschusses für Menschenrechte betreffend die Situation der Uiguren (TOP 14)

Der Umgang Chinas mit der uigurischen Minderheit, welcher von repressivem Vorgehen der Behörden, Massenüberwachung, Unterdrückung und Internierung geprägt ist, zeugt von groben Menschenrechtsverletzungen, die weltweit leider noch immer auf der Tagesordnung stehen und oft widerspruchlos von vielen zur Kenntnis genommen werden.

Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen gibt es auch in Katar, Austragungsort der FIFA Fußballweltmeisterschaft 2022, ein seit Jahren bekanntes Problem. Schon im September 2013 berichtete der britische Guardian über die miserablen Arbeitsbedingungen auf den WM-Baustellen Katars, das Südwind Magazin veröffentlichte einen Bericht mit dem Titel „Sterben für die große Show“ im Dezember desselben Jahres.

Denn Katar hatte zum Zeitpunkt der Vergabe gar kein WM-taugliches Stadion. Es wurden demnach dafür acht vollklimatisierte Stadien aus dem Wüstenboden gestampft – ohne Rücksicht auf die Umwelt und für eine Nutzung von wenigen Wochen. Die Nachnutzung ist völlig ungeklärt. Schließlich hat Katar nur 2,7 Millionen Einwohner\*innen, wovon 90 Prozent Arbeitsemigrant\*innen mit ausländischer Staatsbürgerschaft sind. Nur 300.000 Bewohner\*innen haben einen katarischen Pass. Diese Arbeitsemigrant\*innen - es sind fast ausschließlich Männer – arbeiteten und arbeiten vorwiegend an den riesigen WM-Baustellen. Bei der Ankunft wird ihnen der Pass abgenommen, sie werden in winzige Unterkünfte gepfercht, und vielen von ihnen wird monatelang kein Lohn ausbezahlt. Zahlreiche TV-Dokumentationen beweisen diese Zustände. Einige der aus Ländern wie Nepal, Pakistan und Indien kommenden Männer waren derart verzweifelt, dass sie sich auf den Baustellen vom Gerüst geworfen haben, damit ihre Familien wenigstens eine Versicherungszahlung bekommen.

Im Februar 2021 veröffentlichte der Guardian erneut einen Bericht, demzufolge seit der Vergabe der WM an Katar über 6.500 Gastarbeiter\*innen allein aus Indien, Pakistan, Nepal, Bangladesch und Sri Lanka gestorben sind. Durchschnittlich zwölf Gastarbeiter\*innen pro Woche sollen seit Dezember 2010 umgekommen sein.

Schwere körperliche Arbeit bei hohen Temperaturen auf den katarischen Baustellen für Stadien, Hotels und Verkehrsinfrastruktur kann selbst für junge und besonders fitte Menschen tödlich enden. Zur häufigsten Todesursache Herz-Kreislauf-Versagen aufgrund der Anstrengungen in der Wüstenhitze kommen zudem Stürze aus großer Höhe und anderweitige Unfälle aufgrund mangelnd gesicherter Baustellen.

Trotz einiger Verbesserungen im Arbeitsrecht haben die Arbeiter\*innen auf den Baustellen der Fußball-WM in Katar immer noch keine Möglichkeit, sich in Gewerkschaften zu organisieren oder Rechtsmittel gegen Arbeitsrechtsverstöße einzulegen. Auch ein fairer Mindestlohn für die tausenden Arbeitskräfte auf den Baustellen wurde bislang nicht umgesetzt, eine unabhängige Überprüfung der Arbeitsbedingungen und eine strikte Durchsetzung der Schutzvorkehrungen fehlen völlig.

Die Kritik an der Fußball-WM in Katar wird zurecht immer lauter und der Widerstand gegen das Turnier in dieser Form immer größer. Neben zahlreichen Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International und Protesten von Fußballnationalmannschaften nimmt in Österreich beispielsweise die Junge Generation die breite Kritik auf.

Festzuhalten ist: Die Vergabe an Katar war nicht alternativlos. Es gab mehrere Bewerberländer, darunter die USA und Australien. In Katar sind Frauenrechte de facto nicht vorhanden und Homosexualität wird mit Haftstrafen geahndet. Bereits in den letzten Jahren hat die FIFA bei der Vergabe offenbar so einiges ausgeblendet: ob Zwangsumsiedelungen in Brasilien 2014 oder die Ausbeutung von Bauarbeiter\*innen in Russland 2018 – Profit steht hier offenbar vor den Menschenrechten und dem Wohle der Bevölkerung vor Ort.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

### Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, werden aufgefordert, wie bereits vor der Eishockey-WM in Belarus, zu den in Katar auftretenden Menschenrechtsverletzungen klar Stellung zu beziehen und sich künftig auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, dass möglichst strenge Vergaberichtlinien in den internationalen Sportorganisationen erlassen werden, damit eine Vergabe von Sportgroßveranstaltungen an Länder, die unter begründetem Verdacht weitgehender Nichteinhaltung von Menschenrechtsstandards stehen, nicht mehr möglich ist.



(YILDIRIM)



